

Vorwärts – Österreichische Sozialdemokratie seit 1889 mit Androsch, Fischer und Maderthaler

BSA 06.05.2020

(Transkript)

Vorwärts - Österreichische Sozialdemokratie seit 1889 mit Hannes Androsch, Heinz Fischer und Wolfgang Maderthaler im Gespräch mit Matthias Vavra im BSA in Wien am 6.5.2020

Matthias Vavra: Ich freue mich, unter ungewöhnlichen Umständen – wir haben ja aufgrund der aktuellen Krise derzeit keine Publikumsveranstaltungen, aber wir wollen natürlich doch, nachdem der BSA ja eine Plattform für einen konstruktiven, aber durchaus kritischen Diskurs ist, in verschiedenen Online-Formaten die Gespräche aufrechterhalten. Und wir haben heute, wo wir eine erste Aufzeichnung, einen ersten Dreh dank der Unterstützung von Friedl Hans machen können, gleich ein ganz aktuelles Buch gewählt, und zwar das Buch „Vorwärts!“. Es ist erst vor wenigen Tagen erschienen und ich darf dazu ganz herzlich die drei Herausgeber begrüßen. Ich beginne alphabetisch mit Dr. Hannes Androsch, Dr. Heinz Fischer und Dr. Wolfgang Maderthaler, herzlich willkommen. Danke, dass Ihr Euch die Zeit genommen habt, um hier in einem persönlichen, privaten Rahmen – es gibt ja jetzt auch eine Reihe, die heißt „Bruno Kreiskys Wohnzimmer“, wo schon Wolfgang Maderthaler teilgenommen hat. Ich könnte hier in Anlehnung sagen, wir sind hier in Karl Waldbrunners Wohnzimmer.

Ich möchte auch gleich in medias res gehen mit dem Buch, das sich mit 130 Jahren Sozialdemokratie befasst. Ich beginne jetzt mit Heinz Fischer, der den Prolog verfasst hat, und zwar dieser Prolog ist betitelt mit den Worten „Für Frieden und Demokratie“. Mich würde natürlich interessieren im historischen Rückblick aus Ihrer Sicht: Wie bewerten Sie die sozial- und bildungspolitischen Leistungen, vielleicht kann man auch von Pionierleistungen sprechen? Und wie wirken diese Erfolge, die die Gesellschaft grundlegend veränderten, bis heute nach – in Europa, aber natürlich insbesondere in Österreich?

Heinz Fischer: Also mir hat schon als Student und zeit meines Lebens imponiert und es hat mir Freude gemacht, sagen zu können, dass man als Sozialdemokrat wahrheitsgemäß und guten Gewissens sagen kann, dass die Sozialdemokratie immer für Demokratie und immer für friedliche Lösungen gestanden ist. Gewalt, Krieg, Diktatur haben im Weltbild der Sozialdemokratie keinen Platz. Das war von Anfang an so. Das hat sich besonders bewährt zum Zeitpunkt, wo die Monarchie zerbrochen ist und ein neuer Staat aufzubauen war. Es musste ein demokratischer Staat nach Auffassung der Sozialdemokratie sein. Es war notwendig, vom Kriegszustand zum Friedenszustand überzugehen. Dasselbe hat gegolten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und von den drei großen politischen Lagern in Österreich – Sozialdemokratie, Konservative und Nationale – ist die Sozialdemokratie die Einzige, die das in dieser Ausschließlichkeit und Unbedingtheit sagen kann.

Sie haben jetzt noch nach sozialpolitischen Erfolgen gefragt. Also wenn man sich etwas genauer mit der Zeit zwischen 1918 und 1920 befasst – eine ganz besonders spannende Zeit – da hat es Schwierigkeiten sonderzahl gegeben. Die Spanische

Grippe, die damals auch in Österreich gewütet hat, hat ja weltweit fast doppelt so viele Opfer gefordert, nämlich Menschenleben gefordert, wie der Erste Weltkrieg. Das eine waren 40 Millionen Tote, das andere waren knapp 20 Millionen Tote. Und trotzdem sind gerade in dieser Zeit 1918 bis 1920 ganz wichtige und entscheidende und bis heute nachwirkende sozialpolitische Reformen – fast müsste man sagen friedliche Revolutionen – zustande gekommen. Und es ist auch unter maßgeblichem Einfluss von Karl Renner und Hans Kelsen die Verfassung vom 1. Oktober 1920 geschaffen worden, interessanterweise endberaten in einem Verfassungsausschuss, in dem Otto Bauer der Obmann war und Ignaz Seipel der Obmann-Stellvertreter. Die haben das damals wirklich durchgebracht.

Und genau das, was ich jetzt gesagt habe, ist ja auch Thema des Buches. Es beschäftigt sich mit der Gründung der Sozialdemokratie, mit der Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg. Und da ist mir so schön aufgefallen: Von 1889 bis 1919 waren es genau 30 Jahre. Im Jahr 1889 ist die Sozialdemokratie gegründet worden, bei den Wahlen im Februar 1919 sind sie zum ersten Mal die stärkste Partei geworden. Und darauf konnte dann alles Weitere aufgebaut werden, was sich in den 101 Jahren seit 1919 oder 100 Jahren seit 1920 entwickelt hat.

Matthias Vavra: Vielen Dank. Ich würde gerne anschließen an die Gründungsphase mit Wolfgang Maderthaner. Und zwar würde mich interessieren – Sie haben ja einige der Kapitel in diesem Buch verfasst, es gibt dazu auch einige Gastbeiträge: Wie gelang es dieser Koalition aus doch radikal-demokratischen, freisinnigen Intellektuellen und doch einer breiteren Schicht der organischen Arbeiterintelligenz der Industriearbeiter – wie gelang diese Einigung zu einer Massenpartei, die es ja bis heute gibt?

Wolfgang Maderthaner: So demokratische Massenparteien, wie sie die deutsche Sozialdemokratie darstellt – eine Spur noch vor Österreich – oder die österreichische Sozialdemokratie, das ist ein völlig neues Phänomen in der Parteienlandschaft. Bis dahin waren das Honoratiorenparteien, waren im besten Fall so etwas wie Parlamentsfraktionen, die sich in der einen oder anderen Form zusammengefunden haben, auch wieder aufgelöst haben, umgestaltet haben – wie auch immer. Hier tritt zum ersten Mal in der Geschichte dieses Raumes eine organisierte Massenpartei, die sich noch dazu den Anspruch stellt einer inneren demokratischen Ordnung. Das heißt, die Demokratie, die sie anstrebt, in ihrer eigenen Organisationsform vorwegzunehmen. Es hat immer wieder seit 1848 Versuche gegeben, eine solche Organisationsform mit breiter Basis zu etablieren und zu finden. Wir haben einen wesentlichen Versuch im Gefolge der großen liberalen Staatsreform von 1867 mit dem liberalen Grundgesetz und zum ersten Mal auch in der Geschichte dieses Landes mit einem liberalen Vereinsgesetz. Das wankt hin und her, und es liegt einerseits in der Luft, auf der anderen Seite fehlen die Führungsfiguren. Das ist auch ein Spezifikum in der Geschichte dieser Bewegung, dass – ich würde einmal sagen – Intellektuelle, in dem Fall ein Arzt, ein Neurologe, würde man heutzutage sagen, der auch als Armenarzt praktiziert, an die Spitze dieser Bewegung tritt und eine einzigartige Koalition mit Facharbeitern, die aus dem Anarchismus kommen, mit Jakob Reumann beispielsweise oder Franz Schuhmeier – wie immer sie heißen haben – bildet, um so etwas wie eine demokratische Massenpartei zu etablieren.

Bereits nach zwei Jahren – zwei Jahre nach Hainfeld, nach dem Einigungsparteitag – schreibt Viktor Adler an Friedrich Engels, mit dem ihn ein sehr enges persönliches Freundschaftsverhältnis verbunden hat, es ist erstaunlich, die Behörden lassen die

unglaublichsten Dinge, zum Beispiel den Aufbau unserer Organisation, zu. Wir sind von einem Haufen wüster Revoluzzer zu einer tatsächlichen und echten Partei geworden, die sich Anerkennung errungen hat. Und er spricht schon auch von der Notwendigkeit einer Revolutionierung, allerdings ist es ein völlig anderer Revolutionsbegriff. Adler geht von der Revolutionierung der Gehirne aus. Das ist das Wesentliche. Und seit diesem Zeitpunkt ist das Konzept der Bildung ein zentrales und ein unumstößliches immer in der österreichischen Sozialdemokratie gewesen.

Matthias Vavra: Mit dem Stichwort Bildung habe ich jetzt eine wunderbare Brücke, um zum Initiator des Bildungsvolksbegehrens überzuleiten. Hannes Androsch hat den Epilog geschrieben, er trägt den Titel „Auch in Zukunft Leistung, Aufstieg und Sicherheit“. Ich möchte aber in dieser ersten Runde, wo wir uns ein bisschen dem Rückblick widmen, bevor wir dann zum Ausblick kommen, auch aus Ihrer Sicht gerne hören: Warum sind die 130 Jahre Sozialdemokratie eine Erfolgsgeschichte mit einem offenen Ausgang? Kann die Sozialdemokratie als Ergebnis des Industriezeitalters vor dem Hintergrund Aufklärung, Kommunismus, auf eine stolze Geschichte zurückblicken? Aber wie ist das mit dem offenen Ausgang, den Sie da angedeutet haben? Vielleicht lassen Sie uns da an Ihren Gedanken teilhaben.

Hannes Androsch: Zunächst: Alles menschliche Tun, in die Zukunft gerichtet, ist mit offenem Ausgang. Aber es ist schon außergewöhnlich, wenn eine politische Bewegung wie die Sozialdemokratie über einen so langen Zeitraum höchst erfolgreicher Geschichte zurückblicken kann und so viel erreichen hat können, trotz aller Rückschläge, sodass man darauf stolz sein kann und dass es eine Quelle sein kann für Kräfte, diese Entwicklung unter geänderten Umständen auch in die Zukunft fortzusetzen, wenn man überzeugende Ideale hat – an denen hat sich nichts geändert, wie Dr. Fischer ausgeführt hat – und zukunftsfähige starke Ideen hat, klare Konzepte und eine kräftige Hand, dies auch dann tatsächlich zur Umsetzung zu bringen.

Matthias Vavra: Vielen Dank. Ja, mit der Umsetzung möchte ich einen kurzen Exkurs in die Gegenwart wagen. Wir erleben ja derzeit europaweit, auch in Österreich, eine Krise der großen Parteien. Sie sprechen das alle in Ihren Beiträgen in diesem Buch in unterschiedlicher Form an. Ich würde gern an Sie alle die Frage richten: Trifft es die Sozialdemokratie besonders? Und wenn ja, warum trifft es die Sozialdemokratie besonders? Weil es eine Bewegung ist, oder liegen da auch andere Gründe vor? Wer möchte beginnen?

Heinz Fischer: Ich halte es für richtig und für notwendig, dass man diese Frage stellt. Ich für meinen Teil meine eben, dass es die Sozialdemokratie ausgezeichnet verstanden hat, politische Antworten auf die Struktur der Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu geben und daraus Stärke zu erlangen. Die Industriearbeiterschaft war eine große Gruppe von Menschen. Man hat das eine „Klasse“ genannt, eine Klassengesellschaft. Und ebenso war eine große Kraft das politische und wirtschaftliche Vis-à-vis, die Arbeitgeberseite. Und die Sozialdemokratie hat die Arbeiterschaft organisieren können, mit – wie es so schön heißt – Bewusstsein ihrer Lage erfüllt, und hat eine Organisationsform gewonnen, die große Kraft entwickelt hat, hat ein Bildungssystem innerhalb der Arbeiterbewegung aufgebaut. Und das alles hat sie wirklich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker gemacht.

Wenn wir jetzt einen großen Sprung machen, dann sehen wir, dass die Gesellschaft heute wesentlich anders aussieht, dass sie wesentlich differenzierter geschichtet ist, dass sie nicht in zwei große Klassen in vergleichbarer Weise gegliedert ist und dass sich vor allem auch das Informationssystem völlig geändert hat. Der klassische Vertrauensmann und die klassische Parteizeitung war die Antwort auf das Ende des 19. Jahrhunderts, war ja lange Zeit im 20. Jahrhundert verwendbar. Man muss sich heute hier nach neuen Organisationsformen, nach neuen Informationswegen, nach neuen Antworten auf die geänderten gesellschaftlichen Strukturen bemühen. Und das ist sehr schwer. Das trifft übrigens auch die Christlichsozialen Parteien, die zu einem guten Teil – wenn ich die italienische und die französische und die skandinavischen und die spanischen Christlichsozialen Parteien betrachte, haben die ja gar nicht so unähnliche Probleme. Und es kommen aber neue Faktoren, neue Kräfte ins Spiel. Der Nationalismus, den wir nach dem Zweiten Weltkrieg für überwunden betrachtet haben, erhebt wieder stärker sein Haupt. Und wie gesagt, die Informationssysteme sind anders, sie erleichtern populistischen Gruppierungen ihre Darstellung.

Und das sind die Probleme, in denen wir stecken. Und da muss ich sagen, sind unsere Antworten offenbar noch nicht gut genug, um auf diese neue Situation zu reagieren. Sie müssen besser werden und sie können auch besser werden.

Matthias Vavra: Dr. Androsch, Ihre Einschätzung zur Krise der großen Parteien?

Hannes Androsch: Also vereinfacht in Anknüpfung kann man sagen: Der Erfolg der Sozialdemokratie war einer im industriellen Zeitalter und in ganz besonderem Maße in den zurückliegenden Jahren in Europa und ganz besonders auch in Österreich in diesem Zeitalter, was den Ausbau des Sozialstaates langt, was die Verbesserung des Bildungswesens betrifft und was auch die Fähigkeit betrifft, die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Aber längst sind wir im digitalen Zeitalter angekommen, das ganz andere Kommunikationsmöglichkeiten im Positiven, aber in hohem Maße auch im Negativen zur Verfügung stellt. Und in diesem Zeitalter sind wir noch nicht angekommen. Wenn ich mir in den letzten Jahren die diesbezüglichen Fähigkeiten unserer Bewegung ansehe, sind wir gegenüber anderen politischen Gruppierungen aber schon sehr weit im Rückstand. Das ist nur ein Indikator. Oder wenn es mit Recht heißt und auch schon von uns erwähnt wurde, dass die Arbeiterbewegung auch eine Bildungsbewegung von allem Anfang an war, so ist uns in den letzten Jahren dieses Thema offenbar abhandengekommen. Das Wort „Bildung“ habe ich in den letzten Jahren nicht gehört, auch nicht in der Videobotschaft am 1. Mai. Und das ist entsetzlich, denn für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft ist das der entscheidende Faktor, und auch für die soziale Frage. Wenn wir nicht die soziale Kluft aus dem Schulwesen und aus der Bildung herausbekommen – und so, wie das jetzt aktuell gelaufen ist, hat sich das massiv verschärft und verbreitert und vergrößert – dann laufen wir Gefahr, nicht soziale Kohärenz sicherzustellen, sondern soziale Spaltung. Und das kann verheerende politische Spannungen und Konsequenzen politischer Art zur Folge haben. Also es geht darum, sich auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters in allen Bereichen einzustellen. Und das ist jetzt massiv durch die Flurschäden und Kollateralschäden der bisher nur ein paar Wochen dauernden Corona-Krise noch sehr viel brennender und größer geworden.

Wolfgang Maderthaner: Vom historischen Standpunkt aus ist die jetzt viel beklagte und viel diskutierte Krise der Sozialdemokratie – die wahrlich nicht nur eine Krise der

österreichischen Sozialdemokratie ist – einigermaßen noch zu relativieren. Ich denke mir, im Gefolge der wirklich großen Finanz- und Spekulationskrise – der ersten globalen im Übrigen – in den späten 20er- und frühen 30er-Jahren hat es also krisenhafte Erscheinungen gegeben, die tatsächlich dazu geführt haben, dass man sich als Partei in den Untergrund begeben musste, dass man illegalisiert wurde, dass man nach 1938, Einmarsch der Hitler-Truppen, im formalen Sinn überhaupt als Partei zu existieren aufgehört hat, um dann mit einem Schlag im April 1945 – man würde fast sagen – verstärkt wieder präsent zu sein und das weitere Schicksal dieser Republik in die Hand zu nehmen. Also das ist schon ein Punkt, auf den man immer wieder hinweisen sollte. Die Sozialdemokratie ist in diesen 130 Jahren durch schwere Tiefen und Krisen gegangen, die sie immer wieder auch in glänzender Form meistern konnte. Das zum einen.

Zum zweiten aber denke ich mir, dass wir derzeit – und derzeit, da würde ich schon etwa ab dem Jahr 2000, vielleicht schon im Jahrzehnt davor – eine technologische Revolution durchlaufen, die wahrscheinlich weitergehend ist und tiefer greift, als es die Industrielle Revolution im 19. Jahrhundert war. Das, was wir derzeit auf globaler Ebene mit massiver Geschwindigkeit an technologisch-technischer Revolution durchlaufen, ist faszinierend und erschreckend in gleichem Ausmaß. Die Sozialdemokratie – und das haben meine geschätzten Vorredner ja schon gesagt – ist natürlich zunächst einmal direkter Ausdruck des industriellen Zeitalters und der industriellen Moderne und befindet sich im postindustriellen Zeitalter in der Tat – ich würde sagen – in einer Phase des Suchens und vermutlich auch der Selbstreflexion, jedenfalls nicht in der Offensive. Aber wir werden sehen, wie schnell und wie nachhaltig man sich darauf einstellen kann. Wir erwarten schwere Einbrüche im Ökonomischen, wir erwarten Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der jetzigen Krise. Und das, denke ich, wird wohl doch die wirkliche Herausforderung, die tatsächliche existenzielle Probe sein.

Matthias Vavra: Ich möchte mich jetzt nicht zu sehr mit der aktuellen Krise befassen, aber es geht natürlich schon auch um krisenhafte Erscheinungen und wie sozialdemokratische Politik darauf zu antworten hat. Es wird beispielsweise in Sonntagsrede auch immer der Begriff Menschenwürde, Menschenrechte usw. gern thematisiert. Herr Dr. Fischer, wie schaut das in der politischen Praxis aus? Hat die Menschenwürde für wirklich alle Menschen Gültigkeit, nicht nur, aber insbesondere auch in den Zeiten einer Krise?

Heinz Fischer: Also leider müsste man zunächst einmal sagen, die Menschenwürde ist ein hohes, schönes und wichtiges Ziel, aber wir sind noch weit davon entfernt, sagen zu können, die Menschenwürde ist global durchgesetzt. Der Begriff der Menschenwürde ist ja relativ jung, ist ein Resultat der Aufklärung. Die ersten Verfassungsordnungen, die sich in diese Richtung bewegt haben, waren Ende des 18. Jahrhunderts, eine davon die amerikanische Verfassung, die Verfassung der Vereinigten Staaten. Und die schönste Formulierung zum Thema Menschenwürde – und das zitiere ich sehr häufig – ist der Artikel 1 der Menschenrechtsreklamation, wo es heißt: „Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und haben einander im Geiste der Brüderlichkeit zu begegnen.“ – Und obwohl das so ein einstimmig beschlossener, klarer Appell in Richtung Menschenwürde ist, ist das eine Sisyphos-Arbeit, Menschenwürde zu verwirklichen. Man erreicht Fortschritte und fällt wieder zurück und erreicht wieder Fortschritte. Und es gibt große Teile auf unserem Planeten, wo die Menschenwürde weit weg von der Realisierung ist. Es gibt Teile, wo wir näher dran sind.

Ich glaube, Österreich ist ein Land, wo es über die Grenzen einer Partei hinausgehende Bemühungen um die Menschenwürde gibt. Aber wenn ich mir dann wieder anschau, mit welcher Lockerheit man zuschaut, wie es Menschen – Frauen, Kindern – in Flüchtlingslagern in Griechenland geht, da ist nicht viel von Menschenwürde und von Respekt vor der Menschenwürde wahrzunehmen. Und wenn dann versucht wird von Ländern wie Deutschland oder Luxemburg und einigen skandinavischen Staaten, wenigstens den Kompass richtig einzustellen und zu sagen, nehmen wir doch ein paar hundert Menschen aus diesen Flüchtlingslagern in bessere Regionen, und Österreich ist nicht dabei, dann tut mir das weh – als Sozialdemokrat und als jemand, der glaubt, dass man den Begriff der Menschenwürde ernst nehmen muss und mit Praxis und mit Leben erfüllen muss.

Matthias Vavra: Ein weiterer Aspekt dieser Krise sind natürlich – die Gesundheit geht ohne Zweifel vor, aber es sind natürlich auch wirtschaftliche Folgeerscheinungen. Und es wird auch eine Aufgabe der Sozialdemokratie sein – es ist ja vorher schon angesprochen worden – die digitale Zukunft mitzugestalten. Sie, Herr Dr. Androsch, beschreiben das Phänomen des Überwachungskapitalismus. Und Sie beschreiben das als unberechenbarer als eine Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch den eigenen Staat. Um das positiv zu skizzieren: Wie soll daher ein notwendiger Umbau der Wirtschaft in diese neuen digitalen Strukturen aussehen? Und welchen Beitrag müsste da eine Sozialdemokratie leisten?

Hannes Androsch: Die digitalen technologischen Möglichkeiten bieten eine Unsumme von positiven Antworten, aber sie beinhalten auch riesige Gefahren. Das kann in einem westlichen System ein Überwachungskapitalismus sein, der uns gängelt und in den Händen weniger Tech-Konzerne liegt, die dann nicht einmal für die riesigen Gewinne, die sie daraus schöpfen, eine angemessene Steuer und einen Beitrag für das Allgemeinwohl leisten müssen, und die dort Tätigen recht gut verdienen. Und in autoritären Regimen erhöht das die Macht der diktatorischen Kontrolle ihrer Menschen. Also beides kein erstrebenswertes Ziel. Damit ist auch schon gesagt, dass eine Aufgabe der Sozialdemokratie in der Zukunft sein kann und sein muss, dass man die demokratischen Grund-, Freiheits- und Menschenrechte in dieser gegebenen technischen und technologischen Situation sichert.

Und damit es nicht zu einer sozialen Spaltung und Kluft kommt zwischen den einen, die gute Möglichkeiten haben und gut verdienen, und den anderen, die in der so genannten Gig-Ökonomie als Ich-AGs und als Velo-Zusteller und was immer tätig sein müssen, ist entscheidend, einmal ein starker, funktionsfähiger, finanzierbarer Sozialstaat. Den gibt es aber nicht ohne eine starke und leistungsfähige Wirtschaft, damit man dieses erwirtschaftet. Und da ist im Augenblick die Gefahr groß, dass ein großer Teil dieser Grundlage wegbricht oder schon weggebrochen ist. Wenn bei uns im Augenblick schon die Hälfte der Erwerbstätigen ohne Erwerb stehen, dann muss man erschrocken sein und rasch nachdenken, wie man das wieder korrigiert. Und das ist nicht innerhalb der nationalen Grenzen möglich, wenn 50 Prozent der Wirtschaftsleistung aus der Außenwirtschaft oder vom Auslandstourismus kommen. Das heißt, wir brauchen so rasch wie möglich wieder offene Grenzen, Reise- und Urlaubsverkehr, Warenverkehr, in Europa einen wieder funktionierenden europäischen Binnenmarkt und auch eine funktionierende Weltwirtschaft und einen Welthandel. Und da werden wir sehr rasch sehr viel tun müssen auf europäischer Ebene, in einem massiven Ausmaß. Das jüngste Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofs in Karlsruhe gegen die Europäische Zentralbank, die die

einzig wirklich funktionierende europäische Einrichtung ist und die geholfen hat in der Finanzkrise 2008/09 und auch jetzt wieder, zu konterkarieren, ist einfach unverantwortlich und unsolidarisch und in Wahrheit gegen die eigenen Interessen auch in Deutschland gerichtet, das schließlich auch ein massives Exportland ist.

Aber noch mehr betrifft das *ceterum censeo* den Bildungssektor. Wir müssen sicherstellen, dass jedes Kind ein Tablet hat und jedes Kind eine E-Mail-Schüleradresse und dass zuhause ein WLAN-Anschluss besteht und die Schulen mit Smartboards statt mit Kreidetafeln ausgestattet sind und mit Serverkapazität und was immer, weil ohne diese technischen Möglichkeiten eben das Ziel nicht zu erreichen ist. Und bei bildungsfernen Eltern ohne diese Voraussetzungen und ohne die Fähigkeit für Home-Schooling findet das nicht statt. Und da ist in den wenigen Wochen schon so viel Katastrophales passiert, und das müsste man so rasch wie möglich mit Sommerschulunterricht und mit rascher Ausstattung ändern. Es hat ja keinen Sinn, wenn man jetzt für wenige Tage 12.000 Schüler mit einem alten Tablet ausstattet und fast 200.000 es nicht haben. Das ist Augenauswischerei.

Matthias Vavra: Ich nehme jetzt diesen Appell „Bildung als das zentrale Thema für die gelingende Zukunft“ mit. Ich kann das auch persönlich nur unterstreichen. Ich möchte noch auf einen Aspekt kommen, wo man vielleicht ansetzen kann. Es gibt ja durchaus auch als Utopien bezeichnete Vorstellungen der Sozialdemokratie, aber ich möchte das gern herunterbrechen auf das Beispiel, wie man das vielleicht auf kommunaler Ebene erfolgreich gestalten kann: das Rote Wien. Dem widmen Sie ja auch einen sehr breiten Teil in diesem Buch. Könnte vielleicht mit dem Glauben an den guten Menschen Wien auch weiterhin als Vorbild dienen, um auf kommunaler Ebene hier zu zeigen, wie sozialdemokratische Politik auch praktisch aussehen könnte, auch in der Krisenzeit?

Wolfgang Maderthaner: Vielleicht in aller Kürze zwei Anekdoten: Zunächst einmal, es gibt diese wunderbare Stelle in den Memoiren Leo Trotzki's, wo er sagt –

Heinz Fischer: „Buch und Feder“ – meinst Du das?

Wolfgang Maderthaner: Nein, ich meine das „Café Central“ – wo er sagt, er ist in seinem Wiener Exil zu den Versammlungen dieser jungen Marxisten im Café Central gegangen und hat mit beinahe ehrfurchtsvoller Hingabe ihren Diskussionen gelauscht. Nur, er ist sehr schnell draufgekommen, das sind keine Revolutionäre. Und er hatte natürlich Recht damit.

Die zweite Sache ist: Sigmund Freud hat einen Aufruf vor den Gemeinderatswahlen 1927 unterschrieben – neben allen anderen herausragenden österreichischen Kulturschaffenden und Intellektuellen – für die Fortführung des in die Tiefe greifenden pädagogischen Experiments, wie es drinnen heißt, eben die Gemeindepolitik des neuen Wien, wie sie sich selbst bezeichnet haben. Und er ist dann irgendwann einmal auch gefragt worden, warum er sich nicht politisch auch im parteipolitischen Sinn engagiert. Und Freud hat gemeint, naja, das Menschenbild ist ein etwas anderes. Er kann dieses optimistische Menschenbild nicht teilen.

Ich erzähle das deswegen, weil hier in Wien versucht wurde, sozusagen die kommende Gesellschaft – von der man ja eine genaue Vorstellung so auch nicht entwickelt hat – dahingehend zu initiieren, dass man die guten Anlagen im Menschen in jeder Hinsicht fördert und zum Vorschein bringt. Dazu gehört menschenwürdiges Wohnen. Das heißt, man hat auf ganz, ganz großer Ebene begonnen, menschenwürdigen Wohnraum herzustellen, leistbaren Wohnraum. Dazu gehört so

etwas wie soziale Hygiene. Das heißt, man hat begonnen, ein Fürsorgewesen, ein Gesundheitswesen aufzuziehen über die Stadt, von Kinderplanschbecken und öffentlichen Bädern hin bis zu Eheberatung. Man hat wirklich versucht, sehr, sehr viele Bereiche des menschlichen Lebens abzudecken und im Sinne der Aufklärung, im Sinne der so genannten sozialen Demokratie eben zu befördern. Es ist ein Experiment.

Das Rote Wien ist auch deswegen so faszinierend, weil es in Wirklichkeit nur einen ganz, ganz kurzen Zeitraum abdeckt – wenn man so will, ein Jahrzehnt von 1923, wo diese Maßnahmen wirklich zu greifen beginnen mit dem ersten Wohnbauprogramm, bis eben ins Jahr 1933. Und ab Februar 1934 sind wir schon wieder mitten in der Diktatur und mitten in einem Regime, das geradezu das Gegenteil von dem bedeutet.

Aber der Punkt dabei ist – und auf den wollte ich schon noch hinweisen: Es ist ja nicht nur dieses gute Jahrzehnt des Roten Wien, es sind ja viele, viele dieser Prinzipien weitergedacht worden, weitergetrieben worden. Und wenn ich mir anschau die Ära Kreisky mit dem sehr, sehr bewussten Slogan der Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie, mit den großen Rechtsreformen dieser Zeit, mit den großen sozialen Errungenschaften dieser Zeit, mit einer Wirtschaftspolitik, die völlig neue Wege gegangen ist, gerade eben auch in Krisenzeiten – dann ist das schon etwas, wo man auch eine Kontinuität erkennen kann. Und ich denke mir, auf diesen Ebenen – auch wenn wir heute völlig andere technische, technologische, politische Voraussetzungen haben – kann man gut ansetzen.

Matthias Vavra: Gut, also ich glaube, es besteht eine Einigkeit darin, dass man mit den Rezepten von Industrie im 19. und 20. Jahrhundert das digitale 21. Jahrhundert nicht lösen wird – Krise des Wohlfahrtsstaats, Bildungsfragen etc. Ich möchte aber, weil die Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie angesprochen wurde, schon auch noch etwas ansprechen, was in den Beiträgen in unterschiedlicher Deutlichkeit herauskommt. Es gibt das Zitat von Peter Kaiser, der ja sagt, die SPÖ ist die strukturkonservativste Partei, die es gibt. Ich glaube, dass man diesen Befund bis zu einem gewissen Grad teilen kann. Mich würde aber interessieren, ob Sie das teilen – zum einen. Und zum anderen, Herr Dr. Fischer, möchte ich bei Ihnen gerne noch die Folgefrage anschließen. Sie erwähnen ja auch „Der flexible Mensch“, dass Sinnstiftungssysteme aufgrund von enormer Flexibilität und permanenter Veränderung in einer Welt verloren gehen. Was muss sich denn in dieser neuen Zeit verbessern, organisatorisch, Organisationsformen? Braucht es vielleicht auch eine personelle Weiterentwicklung, damit diese Fackel nach vorn getragen werden kann? Muss man da ein Narrativ entwickeln, um diesen oft strapazierten Begriff zu erwähnen?

Heinz Fischer: Also erstens habe ich, wie Wolfgang Maderthaner Trotzki in die Diskussion gebracht hat, geglaubt, er meint das Vorwort zu seinen Memoiren, die er Ende der 20er-Jahre geschrieben hat, als Stalin schon den Kampf um die Nachfolge Lenins gewonnen hat und wo er berichtet über seine Haft in Sibirien nach der Petersburger Revolution von 1905. Und die Haftbedingungen waren unerträglich. Und was ihm das Überleben quasi gesichert oder gerettet hat, war, dass ihm doch wenigstens ein gutes Buch, ein gespitzter Bleistift und Papier zur Verfügung gestanden ist. Und ich habe mir so gedacht, ja, das Buch und das sich artikulieren können und kommunizieren können – das ist eben der Computer von heute und die Ausstattung, sich intellektuell zu beschäftigen und zu kommunizieren. Das spielt eine ganz entscheidende Rolle.

Die Frage, was denn jetzt geschehen muss – ich glaube, die kann nicht beantwortet werden, indem man aus dem Parteiprogramm für die nächsten 20 Jahre aus dem Ärmel schüttelt. Und selbst wenn man das könnte, wären damit die Probleme auch noch nicht gelöst. Sondern wir müssen das, was früher geheißen hat, die Menschen mit Bewusstsein ihrer Lage zu erfüllen, ihnen klarzumachen, wie die Gesellschaft konstruiert ist, in der sie sich bewegen und deren Teil sie sind – das hat sich zwar in den Instrumenten ungeheuer verändert, ist aber noch das gleiche Problem. Die Menschen müssen begreifen oder versuchen zu begreifen: Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, in der wir leben, und was sind die Stärken dieser Gesellschaft und was sind die Schwächen dieser Gesellschaft? Wo sind diejenigen, die übermäßig bevorzugt oder privilegiert sind durch die Struktur unserer Gesellschaft, wo sind die, die benachteiligt werden? Und wie können wir diese Benachteiligung ausgleichen, wie können wir alle Menschen oder einen möglichst großen Teil der Menschen in die Lage versetzen, sich so zu bilden und zu emanzipieren, dass sie den Anforderungen der Gesellschaft standhalten?

Weil Zeit sehr kostbar ist, sage ich dann oft: Ich würde mir wünschen, dass sich mehr Menschen mit den Sustainable Development Goals beschäftigen. Das ist wirklich eine Handlungsanleitung im Bereich des Kampfes gegen die Armut, im Kampf um die Bildungschancen, im Kampf um ein modernes Gesundheitssystem, um die Wahrnehmung unserer ökonomischen Verpflichtungen. Also wenn ich so ein Kurzprogramm brauchen würde, würde ich sagen, schaut mehr, was die Ideen der SDGs – der Sustainable Development Goals – sind. Da werdet Ihr viel finden an Anknüpfungspunkten, die man weiterentwickeln kann und aus denen heraus eine moderne, überzeugende, humane Politik entstehen kann.

Matthias Vavra: Danke für diesen tollen Input. Dr. Androsch, auch an Sie: Wie ist der Weg vorwärts – um wieder den Titel unseres heutigen Gesprächs einzubinden – möglich, von dieser bewahrenden, beharrenden Erscheinung hin zu einer kämpfenden Zukunftsbewegung?

Hannes Androsch: Also es gibt nicht sozusagen eine Rezeptur dafür, sondern das ist eine Herausforderung, die täglich bewältigt werden muss. Ich greife die Sisyphos-Metapher auf und erinnere daran, dass Camus gemeint hat, Sisyphos war der glücklichste Mensch, weil seine Aufgabe nie zu Ende gegangen ist. Also im Zuge der Evolution betrifft uns das auch. Viele Jahrhunderte oder Jahrtausende hat man das versucht, transzendental zu lösen, also Religionsgemeinschaften. Aber wir sind eine am Diesseits orientierte politische Bewegung gewesen und werden es bleiben, also müssen wir Antworten geben und Antworten möglich machen, um jedem Menschen einen selbstbestimmten Lebensweg gestalten zu können.

In einem Gespräch Anfang der 70er-Jahre zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt war damals von drei „e’s“ die Rede: Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenständigkeit. Und das ist geblieben, aber eingebettet in einen sicher gebenden Rahmen des Zusammenhalts und des Allgemeinwohls. Und das kann nur die größte Risikogemeinschaft bieten, nämlich wir alle. Aber nicht nur in den engen Grenzen nationalstaatlicher Fronten, sondern in einem europäischen Kontext und angesichts der globalen Herausforderungen vernünftigerweise in einem globalen Zusammenhang. Zum Beispiel wäre es hilfreich, wenn in dieser schweren Krise China und Amerika ein Mindestmaß an Zusammenarbeit pflegen würden und nicht eine konkurrierende Auseinandersetzung.

Matthias Vavra: Dr. Maderthaner, mich würde auch Ihre Einschätzung zu dieser Fragestellung interessieren, aber ich schließe da auch gleich an: Ist die Sozialdemokratie zur Modernität verurteilt, aber vom Heimweh nach verlorener Größe – wie Sie das angesprochen haben – getrieben?

Wolfgang Maderthaner: Das kann ich so eigentlich nicht sehen. Es ist nur – denke ich mir – eine wesentliche Entwicklung mit dem Zusammenbruch das so genannten real existierenden Sozialismus Ende der 1980er-Jahre passiert, weil wir sozusagen im Westen plötzlich einen großen Gewinner hatten. Und der Gewinner war nicht der soziale Wohlfahrtsstaat, sondern das war eigentlich ein doch dann sehr, sehr nachhaltig, sehr aggressiv vorgehender globaler Kapitalismus, Neoliberalismus und neoliberale Hegemonie. Ich denke mir, es wird für die Sozialdemokratie nicht unbedingt genügen, sozusagen als menschlicher Arm dieser Entwicklung aufzutreten oder auch – und das hat Peter Kaiser mit dem Strukturkonservatismus sehr wohl gemeint – das Erreichte, das ja ungeheuerlich viel ist, eben den sozialen Wohlfahrtsstaat abzusichern. Und da wird man dann mit der Zeit in der Tat eine strukturkonservative Partei oder Bewegung – wie immer man das auch fassen will – sein. Ich denke mir, das ist das große, große Erreichte der Sozialdemokratie, eine demokratisch abgesicherte Republik, die einen umfassenden Wohlstand für ihre Bürgerinnen und Bürger sichern kann.

Die Frage, die Dahrendorf zu Recht gestellt hat und die in jeder dieser Diskussionen natürlich angesprochen werden muss: Ist die Sozialdemokratie an ihrem eigenen Erfolg gescheitert oder am Ende ihres Weges angekommen? Ist das sozialdemokratische Jahrhundert – damit meint er das 20. Jahrhundert – tatsächlich Vollendung und Ende zugleich? Jedenfalls gibt es massive Herausforderungen. Aber ich denke mir, die grundsätzlichen wesentlichen allgemeinen Menschheitsziele, die definiert wurden und, glaube ich, auch am Ende und am Anfang dieses Buches stehen – das ist Leistung, das ist Aufstieg, das ist Sicherheit, das ist Emanzipation, letztendlich Demokratie – diese Werte werden so schnell nicht unmodern werden, um einmal diesen Ausdruck verwenden zu wollen.

Matthias Vavra: Das sind Alleinstellungsmerkmale einer modernen Sozialdemokratie. Ich würde trotzdem noch gerne eine abschließende Frage stellen. Wir haben ja jetzt auch ein bisschen über den Tellerrand, was europäische und internationale Themen betrifft, geblickt. Ich würde aber auch gerne ein bisschen über den Tellerrand der Sozialdemokratie hinausblicken. Und zwar geht es mir abschließend auch noch um das Thema Bündnisfähigkeit. Wir haben jetzt sehr viel über eine Gesellschaft und gesellschaftliche Entwicklungen gesprochen. Ich möchte jetzt gar nicht beim Thema Bündnisfähigkeit über die Mitgliederbefragung sprechen, die heute zu Ende gegangen ist. Viel mehr würde mich interessieren – auch wenn die SPÖ vielleicht nicht die Hegemonie zurückgewinnt, die sie in den 1970ern insbesondere hatte, aber für eine politische Hegemonie braucht's halt eine geistig-kulturelle Hegemonie. Das ist eine – glaube ich – bekannte These. Wie schafft man das, dass man geeignete Leute einbeziehen kann, da dieses berühmte Stückchen des Weges mitzugehen? Wie kann man Bündnisse innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie schmieden, wo unterschiedliche Interessen, Milieus abgedeckt werden, vielleicht auch nur für einen bestimmten Zeithorizont? Das würde mich abschließend noch von Ihnen drei interessieren.

Heinz Fischer: Naja, ich würde den Begriff des Bündnisses zunächst einmal ausweiten wollen auch auf den internationalen Rahmen. Mich stört, wie sehr – wenn eine Krise auftaucht – sofort alle sich ins eigene Schneckenhaus der eigenen Nationalität zurückziehen, Grenzen dichtmachen und von der europäischen Vision und von der europäischen Zusammenarbeit auf einmal nur Bruchteile übrig bleiben. Der Nationalismus ist eine schlimme Kraft gewesen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, schien dann weitgehend ad absurdum geführt und hat sich in den letzten Jahrzehnten wieder ganz schön etabliert. Da gibt's politische Gruppierungen, die Gewicht haben und die sich des nationalen und nationalistischen Egoismus bedienen. Da, glaube ich, muss man scharf hinschauen, dass sich das nicht in eine falsche Richtung entwickelt.

Und was die innerstaatliche Bündnisfähigkeit, also zu anderen Parteien, betrifft: Das ist natürlich eine Frage, die hängt sehr von konkreten Situationen und Möglichkeiten und Gegebenheiten ab. Das ist oft ein Abwägen von Vorteilen und Nachteilen gegeneinander, für das es vielleicht kein dauerhaftes und allgemeines Rezept gibt. Am besten gehen wir mit diesem Problem um, wenn wir mithelfen, dass einfach in einem Staat nur wirklich demokratische Kräfte reputierlich sind, und wenn wir es erreichen, dass wir uns zum Wettbewerb zwischen verschiedenen politischen Konzepten bekennen – Du kannst Recht haben, ich kann irren, ich kann Recht hat und Du kannst irren, aber gemeinsam kommen wir der Wahrheit ein Stückchen näher. Das ist eine wirklich kluge Beobachtung von Carl Popper. Und wenn es einen Pluralismus unterschiedlicher politischer Anschauungen gibt im Rahmen des Demokratischen, im Rahmen der Menschenwürde, dann sind hier Bündnisse durchaus erwünscht. Was wir uns vom Hals halten müssen, ist das, was die Menschenwürde mit Füßen tritt, ist nationalistischer Egoismus, sind antidemokratische Tendenzen. So ungefähr würde ich das beurteilen, weil das eine taktische Frage ist, die sich die Sozialdemokratie in den letzten 100 Jahren immer wieder stellen musste, seit sie quasi regierungsfähige Kraft ist.

Hannes Androsch: So wichtig es ist, dass man starke Ideale hat und starke Ideen und damit Perspektive eröffnet, so gilt doch im Sinne von Bert Brecht: Die Wahrheit ist immer konkret – oder wir müssen den Menschen heute und hier Antworten für die Zukunft und Orientierung geben, wie können sie ihr Leben gestalten, wie schaut's mit der Wohnung aus, mit der Pension, im Krankheitsfall, wie schaut's mit der Bildung für Kinder oder Enkelkinder aus. Das sind die konkreten Antworten, die wir geben müssen, damit wir die Menschen mit einer Perspektive ausstatten und mit den Möglichkeiten, in Eigenverantwortung in ihrem Rahmen in ihren Familien und Freundes- und Bekanntenkreis ihr Leben erfolgreich zu gestalten, wie das in einer unvergleichlichen Weise gegenüber allen anderen Zeiten die letzten 75 Jahre bei uns und in vielen Teilen Europas der Fall war. Und jetzt müssen wir trachten, dass das auch in der Zukunft so bleibt.

Wolfgang Maderthaner: Ich denke mir, man muss sich seiner Selbst bewusst sein. Das heißt, man muss ganz konkrete Antworten auf ganz konkrete Fragestellungen, Problemkreise entwickeln, und diese Antworten muss man in einem permanenten gesellschaftlichen und kulturellen Diskussionsprozess geben. Ich denke, nur so kann man auch seine ursprüngliche gesellschaftliche und soziale Basis, die ja durch die bekannten Entwicklungen seit den 2000er-Jahren für die SPÖ immer geringer wird, auch wieder erweitern. Es ist nicht getan, wenn man sozusagen in seinen Konturen immer unklarer und vielleicht auch unsicherer wird. Ich denke schon, man sollte sehr

wohl ein Angebot an diese Gesellschaft richten. Und dieses Angebot sollte man in Permanenz und auf breiter Basis debattieren.

Matthias Vavra: Dann darf ich mich an dieser Stelle für das gute Gespräch bei allen drei Herren herzlich bedanken. Wir können – wie gesagt – derzeit in dieser neuen Normalität keine Veranstaltungen mit Publikum durchführen. Wir hoffen aber – und dazu soll auch dieses Gespräch in diesem privaten Rahmen einen Beitrag leisten – dass wir statt mit Angstmacherei doch mit Hoffnung zurück zur demokratischen Normalität kommen werden. In diesem Sinne möchten wir uns auch weiter mit den Themen der Zeit, mit aktuellen und zukünftigen Fragestellungen befassen, und das Ganze in der gewohnt konstruktiven und kritischen Art und Weise. In dem Sinne war das heute der Start in das digitale Zeitalter im BSA. Ich hoffe, dass dieses Gespräch auch für unsere Zuseherinnen und Zuseher von Interesse war. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.